

# Berliner Tageblatt



## und Handels-Zeitung

Nr. 119

Geschäftsdirektor Theodor Wolff in Berlin.

Donnerstag, 11. März 1926

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

# Völkerbundstrife durch die Drohung Brasiliens?

## Auf der Suche nach der Einigungsformel.

Telegramm unseres Sonderkorrespondenten Dr. Ernst Feder.

E. F. Genf, 11. März.

Alle Hände gehen in die Höhe. Chamberlain hebt die Hand und Paul-Boncour, Scialoja, ebenso wie der polnische Außenminister Strypkowski und Brasiliens Hauptbelegter Mello Franco. Alle 48 Stimmen für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Chamberlain, der den Vorsitz führt, lächelt. Aber dieser ganze Akt hat nur formale Bedeutung. Es handelt sich um die Sitzung der Aufnahmekommission, die heute vormittag um 10 Uhr zusammentrat und nach einvierelbstündiger Verhandlung mit der einstimmigen Feststellung schloß, daß die Voraussetzungen für Deutschlands Aufnahme gegeben sind. Man hat das Verfahren abgeklärt. Im Gegenfug zu der Völkerbundstratidation, die bisher in jedem Falle der Aufnahme eines neuen Mitgliedes diesem einen Fragebogen zur Verantwortung vorlegte oder es persönlich vor die Aufnahmekommission lud, hatte man in diesem Falle von jeder Einziehung Deutschlands abgesehen und ohne weiteres festgestellt, daß Deutschland die Aufnahmebedingungen erfüllt hat. Man hat auch den General Hoag und sein Bureau nicht weiter bemüht, sondern der General de Marins hat als Präsident der Militärkommission beim Völkerbund in seinem Schreiben auf den Vertrag von Versailles verwiesen, der die Küstungsfrage Deutschlands bestimmt. Der Austausch stimmt zu. Die Kommission stimmt ab. Einstimmig für Deutschland.

Aber gleichzeitig mit dieser Einstimmigkeit bleibt die vielschichtige Disharmonie hinter den Kulissen. Das erbiterte hartnäckige Ringen geht weiter. Die gestrige inoffizielle Sitzung des Rates hatte Gegenfälle geklärt, aber nicht überbrückt. Zum ersten Mal haben die Ratsmächte aus dem Munde des schwedischen Vertreters offiziell gehört, daß Schweden seinen Widerspruch unbedingtaufrechterhält. Es bleibt allerdings mit seinem Veto allein. Sein Standpunkt hat die theoretische Sympathie von zwei oder drei Ratsmitgliedern, aber praktisch würde außer ihm niemand gegen einen Vorschlag auf Erweiterung des Rates stimmen, der von England oder Frankreich unterstützt wird. Jedenfalls ist aber durch die schwedische Erklärung festgestellt, daß eine Erweiterung des Rates über die Aufnahme Deutschlands hinaus gegenwärtig nicht in Frage kommt. Es kann deshalb unmöglich die Zustimmung Deutschlands zu einer Entscheidung verlangt werden, die der Rat gar nicht treffen kann.

Es ist zu befürchten, daß sich die Situation immer mehr kompliziert, wenn die Lösung nicht bald gefunden wird. In welcher Richtung muß diese Lösung liegen? Man hat die schärfsten Druckmittel gegen Schweden angewendet. Sie blieben erfolglos und werden es bleiben. Zweifelslos wird auf die deutsche Delegation noch ein weiterer Druck verübt werden. Alle diese Bemühungen sind zur Unfruchtbarkeit verurteilt schon deswegen, weil ja jetzt einwandfrei feststeht, daß die Erweiterung des Rates, ganz abgesehen von der Stellung Deutschlands, schon am Widerstand Schwedens scheitern muß. Eine Veränderung des deutschen Standpunktes liegt ebenso wenig im Bereich der Möglichkeit, wie eine Veränderung des schwedischen. Auf der anderen Seite droht Brasilien mit einem Veto gegen Deutschland, droht Spanien mit dem Austritt aus dem Völkerbund, während Polen sich beharrlich zurückhält, in der Erwartung, bei Wiedererweiterung des Rates auch irgendwie hineinzuwischen zu können. Schon wird hier und da der Gedanke erörtert, die Angelegenheit vor das Plenum der Völkerbundversammlung zu bringen und dort, noch ehe der Rat gesprochen hat, eine Beschlußfassung herbeizuführen. Daraus könnten neue Verschärfungen entstehen.

Die Einigungsformel muß deshalb schnell gefunden werden. Sie scheint auf folgender Grundlage möglich: Eine Erweiterung des Rates in dieser Session kommt nicht in Frage, da Einstimmigkeit nicht zu erzielen ist. Die hohe Einigung einer Kommission, die die Frage prüft und der Versammlung im September Vorschläge macht, wird von den Staaten, die einen Ratssitz anstreben, als ungenügend abgelehnt. Es wird jetzt davon gesprochen, eine Verständigung auf der Linie zu erzielen, daß der Rat, ehe er die Einigung dieser Kommission beschließt, in eine Diskussion über die angemeldeten Ansprüche eintritt, und daß die Kommission diesem oder jenem Bewerber ein empfehlendes Wort auf den Weg gibt. Nebenliche Gedankengänge wurden schon im Laufe der gestrigen Besprechung erörtert. Sie werden zweifellos heute nachmittag wiederkehren, wenn sich an die offizielle und öffentliche Ratssitzung die vielleicht vertrauliche und entscheidende Aussprache der Ratsmitglieder anschließt. Wenn auch Deutschland gar nicht in der Lage ist, ehe es noch dem Völkerbundrat angehört, irgendwelche Bedingungen einzugehen, so hat es doch

## Mello Franco bei Briand und Dr. Luther.

### Die Hoffnung auf Briands Vermittlung.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

E. F. Genf, 11. März, 1 Uhr 45 mittags.

Heute vormittag stattete der Vertreter Brasiliens, Botschafter Mello Franco, dem französischen Ministerpräsidenten Briand einen Besuch ab und teilte ihm hierbei mit, daß die brasilianische Delegation die Instruktion ihrer Regierung habe, gegen den ständigen Ratsitz Deutschlands zu stimmen, wenn nicht zugleich für Brasilien ein ständiger Ratsitz festgestellt werde. Der brasilianische Vertreter stattete darauf auch dem Reichskanzler Dr. Luther im Hotel Métropole einen Besuch ab. An dieser Unterredung nahm auch Staatssekretär v. Schubert teil. Ueber den Inhalt dieser Unterredung ist nichts bekannt geworden, doch wird man ohne weiteres annehmen können, daß der brasilianische Delegierte hier die gleiche Absicht wie gegenüber dem französischen Ministerpräsidenten geäußert hat. Es ist nicht zu bestreiten, daß durch diese Haltung Brasiliens unter Umständen eine schwere Krise im Völkerbund hervorgerufen wird. Selbstverständlich muß es sehr bald zu einer Entscheidung kommen. Sollte Brasilien wirklich seinen Standpunkt aufrecht erhalten, so würde natürlich Deutschland seinen Aufnahmeantrag zurückziehen, der nur unter der Voraussetzung der Zuhilfenahme eines ständigen Ratsitzes für Deutschland gestellt worden ist. Auch Brasilien hatte sich in einem Schreiben an die Reichsregierung bereit erklärt, für diesen

Ratsitz zu stimmen. Welche Konsequenzen für ein Verhältnis zwischen Brasilien und Deutschland sich aus einem solchen Verhalten der brasilianischen Regierung ergeben würden, bleibt dahingestellt. Für den Völkerbund würde ein solches Verhalten Brasiliens sicherlich eine schwere Krise bedeuten. Uebrigens hat Brasilien seinerzeit, als Spanien einen ständigen Ratsitz beanspruchte, gegen Spanien gestimmt, und dadurch den spanischen Anspruch vereitelt. Zweifellos wird Briand, der heute Besprechungen mit Chamberlain, mit dem spanischen und dem polnischen Vertreter hatte, seine ganze Kunst und Meisterhaftigkeit ausbieten, um die jetzt noch bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden.

Man schätzt hier die Autorität Briands außerordentlich hoch ein und hält es nicht für ausgeschlossen, daß es ihm heute noch gelingen wird, sowohl mit Spanien wie mit Polen zu einer Verständigung zu gelangen. Ob es ihm dagegen gelingen wird, auch Brasilien für eine Einigungsformel zu gewinnen, wird hier vorläufig noch bezweifelt. Es sei übrigens bemerkt, daß der zweite südamerikanische Vertreter im Rat, Uruguay, gegen die Zuerstteilung eines ständigen Ratsitzes an Brasilien ist.

In hiesigen Kreisen wird erklärt, daß die deutsche Delegation einer Erweiterung des Rates schon deshalb nicht zustimmen könne, weil der Reichspräsident sich gegen eine solche Erweiterung mit aller Entschiedenheit gewandt habe. Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß in allen Verhandlungen, die die deutsche Delegation bisher gepflogen hat, der Name des Reichspräsidenten in keiner Weise irgendwie hineinbezogen worden ist.

ein selbstverständliches Interesse daran, daß dem Völkerbund, in den es eintritt, und in dem es loyal mitarbeiten will, jede Erschütterung erspart bleibt.

## Die Kommission einstimmig für Aufnahme Deutschlands.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

Genf, 11. März.

Die erste Kommission der Versammlung, die sich bekanntlich mit der Prüfung der Frage der Aufnahme Deutschlands befaßt, trat heute vormittag kurz nach 10 Uhr unter dem Vorsitz Chamberlains im Rathsaal zu einer öffentlichen Sitzung zusammen. Chamberlain legte folgende Resolution zur Abstimmung vor: „Die erste Kommission hat die Ehre, der gegenwärtigen Versammlung den Bericht der Unterkommission vorzulegen, die eingehend über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu prüfen. Die Kommission stimmt der Aufnahme Deutschlands zu und erklärt sich einstimmig für die Aufnahme Deutschlands.“ Der Vorbericht stellt diese Resolution zur Debatte. Das Wort wurde nicht verlangt. Die Abstimmung erfolgte durch Handaufheben. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Auf Vorschlag Paul-Boncour wurde hiernach Chamberlain zum Berichterstatter über diese Frage vor der Versammlung ernannt. Die Wahl wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt. Chamberlain erklärte lächelnd, er werde sein Bestes tun, um die ihm übertragene Aufgabe zu erfüllen. Die Sitzung hatte kaum eine Viertelstunde gedauert.

Der Bericht der Unterkommission stellt fest, daß sie das Zulassungsgesuch Deutschlands begrüßt habe. Bestimmungsgemäß handelt es sich darum, die folgenden Fragen zu prüfen: 1. Liegt ein ordnungsmäßiges Gesuch der deutschen Regierung um Zulassung zum Völkerbund vor? 2. Ist die deutsche Regierung in der Lage und in der Lage anerkannt und durch welche Staaten? 3. Befügt dieses Land eine ständige Regierung und best bestimmt diese Grenzen? 4. Regiert das Land sich frei? 5. Welcher Art sind die Handlungen und Erklärungen der deutschen Regierung bezüglich seiner internationalen Verpflichtungen und der Bestimmungen des Völkerbundes über die Aufnahmen?

Die Unterkommission stimmt darin überein, daß die Antwort auf die erste Frage affirmativ sei, und daß bezüglich der Fragen 2, 3 und 4 kein Zweifel bestehen könne. Mit Bezug auf die fünfte Frage hat der Rat entsprechend dem Artikel 9 des Völkerbundes von der ständigen beratenden Kommission für militärische, flotten- und luftfahrzeuge einen Gutachten erhalten, von dem eine Abschrift dieses Berichtes beigefügt ist. Ferner hat bestimmungsgemäß die Unterkommission die Aufgabe, von der zuständigen Behörde eine Feststellung wegen der Durchführung der Verpflichtungen des Versailleser Vertrages durch die deutsche Regierung zu verlangen. Bevor dieses Ergebnis festgestellt wurde, hat bereits die Votsgastkonferenz in

Paris dem Generalsekretär ein Attestat überreicht, das ebenfalls in Abschrift dem Bericht beiliegt. Auf Grund aller dieser Feststellungen gelangte die Unterkommission einstimmig zu der Ueberzeugung, daß bei allen oben erwähnten Fragen bejahende Antworten erteilt werden könnten und empfiehlt der ersten Kommission, daß sie der Versammlung die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund vorschlagen soll. Dem Bericht sind folgende Attestate beigefügt: ein vom Präsidenten der ständigen beratenden Militärkommission, General de Marini, unterzeichnetes Schreiben an den Generalsekretär vom 9. März. Darin wird Bezug genommen auf das vom Rat an die ständige beratende Kommission eingereichte Ersuchen, das Zulassungsgesuch Deutschlands vom technischen-militärischen Standpunkte zu prüfen. Weiter liegt dem Bericht bei eine Erklärung der Votsgastkonferenz vom 4. März. Darin wird gesagt, daß die Votsgastkonferenz nach bestem Gewissen feststellen kann, daß Deutschland nunmehr wirksame Garantien gebe, daß es aufrichtig einwilligend sei, die ihm im Friedensvertrage auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen. Dem Bericht ist ferner ein von Briand unterzeichnetes Schreiben der Votsgastkonferenz an den deutschen Votsgastler v. Hoehf vom 16. November 1925 beigefügt. Dieses Schreiben enthält die Mitteilung des Beschlusses, betreffend die Räumung der ersten Rheinlandzone.

## Eine spanische Demarche in Stockholm?

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

E. F. Genf, 11. März.

Großes Aufsehen erregt in hiesigen diplomatischen Kreisen die Mitteilung, daß die spanische Regierung in Stockholm eine offizielle Demarche unternommen habe, in der das schwedische Veto gegen die Aufnahme Spaniens in den Völkerbund als ein unfreundlicher Akt bezeichnet wird. Man sieht in diesem Schritt der spanischen Regierung, wenn er sich bewahrheiten sollte, ein ganz ungewöhnliches Vorgehen, das geeignet ist, die Tätigkeit des Völkerbundes sehr zu schädigen. Auch in solchen Kreisen, die an einer Erweiterung des Rates geneigt sind, weist man darauf hin, daß unmöglich die Ausübung schwebungsgemäßer Rechte seitens eines Bundesmitgliedes zu bevorzugen Aktionen seitens eines anderen Bundesmitgliedes führen dürfte, wenn nicht die ganze Aktionsfähigkeit des Völkerbundes schamgeleget werden soll. Die Form des angelegenen spanischen Schrittes wird als besonders auffällig empfunden. Es verläutet hier, daß Spanien gegenüber Schweden zum Ausdruck gebracht hat, daß Spanien bei der Aufrechterhaltung des schwedischen Vetos aus dem Völkerbund austreten würde und daß auch Rückwirkungen auf die spanisch-schwedischen Handelsbeziehungen unvermeidbar seien. Uebrigens hat vor einiger Zeit auch Polen angefangen das schwedische Veto einen Votsgast schwedischer Waren anzufragen. Was mir beifügt wird, wird auch dieses Druckmittel irgendeine Veränderung in der Haltung Schwedens nicht herbeiführen können.